



EVANGELISCHE
LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG
Amt für Information

Augustenstraße 124
70197 Stuttgart
Telefon (07 11) 2 22 76-58

Pressemitteilung

Dienstag, 17. Oktober 2000

Lob und Kritik: Umweltbeauftragter zum Umweltplan des Landes

„Zielorientierte, integrierte Politikformulierung lässt auch im Südwesten auf sich warten“

Stuttgart. „Die Umwelträte der Evangelischen Landeskirchen in Baden und in Württemberg begrüßen ausdrücklich die Bemühung des Landes, mit dem Umweltplan Ziele und Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg vorzulegen“, so Hans-Hermann Böhm, Umweltbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Württemberg. Es zeuge von Mut, mit einem solchen Plan ein zehn-Jahres-Programm vorzulegen.

Sinnvoll sei die Absicht des Landes, die geplanten Maßnahmen des Umweltplans durch Umweltindikatoren zu überprüfen. „Die periodische Berichterstattung und die Bewertung der Umweltsituation müssen als feste Instrumente etabliert werden“, fordert Böhm. Bei der Umsetzung des Umweltplans würden hauptsächlich Erwartungen an die Akteure genannt, Maßnahmen im Sinne gezielten staatlichen Handelns seien hingegen kaum enthalten. „Die vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen im Umweltgutachten 2000 geäußerten Defizite der deutschen Umweltpolitik gelten somit auch für Baden-Württemberg.“ Die geforderte zielorientierte, integrierte Politikformulierung lasse auch im Südwesten auf sich warten. Weiter bemängelt Böhm, dass in der Liste der Indikatoren die Flächennutzung fehle. „Grund und Boden sind nicht vermehrbar.“ Demnach sollte das Land laut Böhm „die Inanspruchnahme un bebauter Flächen auf die Hälfte des Wertes des Bezugsjahres zurückführen“. Der hohe Flächenverbrauch sei auch Ergebnis der staatlichen Rahmendingungen, die Siedlungs- und Gewerbegebiete nicht mit dem Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs abstimmen und die den motorisierten Individualverkehr nicht in den Nahverkehrsplänen berücksichtigen.

„Am Beispiel Verkehr wird die notwendige Integration unterschiedlicher Politikfelder besonders augenfällig, zum Beispiel der Siedlungs-, Förderungs- und Verkehrspolitik.“ Die im Umweltplan als Kernpunkte der Maßnahmen im Bereich Verkehr genannten technischen Innovationen reichen laut Böhm nicht aus. „Das Thema Bewusstseinsbildung für intelligente Mobilität muss einen größeren Stellenwert erhalten und Maßnahmen sollten quantitativ fixiert werden.“ Laut Böhm begrüßen die Umwelträte der evangelischen Kirchen die Absicht des Landes, Bewusstseinsbildung, insbesondere die Verständigung

über Werte und Ziele zu fördern. „Kirchliche Einrichtungen und Gruppen bieten sich mit ihren Erfahrungen im Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung als Kooperationspartner an.“ Die Kirchen haben sich laut Böhm seit 1983 im Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung dafür eingesetzt, dass soziale Rücksicht mit ökologischer und ökonomischer Weitsicht verbunden wird.

Anerkennenswert ist nach Auffassung des landeskirchlichen Umweltbeauftragten, dass das Land ein landesweites Monitoring für Schutzgebiete und Biotop einführen und aufbauen will. „Demgegenüber bleibt die im Umweltplan genannte Zielsetzung, weiterhin besonders wertvolle und schutzbedürftige Flächen als Naturschutzgebiete und Naturdenkmale auszuweisen, unkonkret.“ Das Land sollte darauf hinarbeiten, zehn bis 15 Prozent der Landesfläche als Gebiete für Natura 2000 auszuweisen. Der Umweltplan weise ferner auf die noch ungenutzten Potentiale der energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen hin. „Auch der geringe Anteil der Biomassenutzung am Primärenergieverbrauch von 1,6 Prozent zeigt Handlungsbedarf.“ Insbesondere der Anteil von Holz könnte nach Ansicht von Böhm mehr als verdoppelt werden. Die Frage nach der Nutzung von Kernenergie sei von der Tagespolitik geprägt und werde dem Anspruch, für die nächsten zehn Jahre Leitlinien zu geben, nicht gerecht. „Der Strahlenschutz ist unterbewertet“, so Böhm. Die Frage der Entsorgung und der langfristigen Endlagerung von radioaktiven Abfällen sei nicht einmal in die Maßnahmen aufgenommen. Ebenso finde die Vereinbarung der Bundesregierung mit der Stromwirtschaft keine Resonanz. „Die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland hat sich ausdrücklich für den Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen“, erinnert Böhm. Zudem gebe es Mehrheiten in der Bevölkerung, die auf Grund der riskanten Technik für Alternativen plädieren. Außerdem seien mit dem Ausbau regenerativer Energietechniken Vorteile für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt verbunden.

Honoriert werden müsse die Leistung der Landwirtschaft für die Pflege der Kulturlandschaft. Mit einer ökologisch ausgerichteten Bewirtschaftung könnten Schadwirkungen reduziert werden. „Verbraucherinnen und Verbraucher fragen zunehmend nach gesunder Nahrung aus der Region“, so Böhm, „deshalb und wegen noch ungeklärter Risiken ist die Förderung der ‚Grünen Gentechnik‘ problematisch“.

Andrea Domler

Weitere Informationen bei:

- Dr. Hans-Hermann Böhm, Umweltbeauftragter der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Gymnasiumstr. 36, 70174 Stuttgart, Tel.: 0711/2068253

Die vollständige Stellungnahme finden Sie im Internet unter:

- <http://www.gemeindedienst.de/umweltbeauftragter> (unter „Aktuelles“)